

Dr. Franz Segbers

Reichtum macht arm

Coburg 12. Mai 2011

Wenn Sie von Armut hören, welches Bild steigt in Ihnen auf? Ist es der Bettler, der Arbeitslose Hartz IV Empfänger oder die Frau, die alleinerziehend sich um ihre Kinder kümmert? – Also an wen denken Sie? Also an wen denken Sie?

Armut in Deutschland betrifft nicht mehr nur „Randgruppen“ wie Obdachlose, Sucht-abhängige oder Brennpunktbewohner, sondern auch den langzeitarbeitslosen Ingenieur, die akademisch gebildete Alleinerziehende, das schuftende Fabrik- und Dienstleistungspersonal, den entrechteten Leiharbeiter, den kreativen, aber prekarierten Klein- oder Internetunternehmer und mit der Kurzarbeit auch Teile der Kernbelegschaften in den Betrieben. Ganz normale Rentnerinnen und Rentner stehen an den Tafeln an. Armut reicht bis in die Mittelschichten und unsere Gemeinden hinein, die bislang von Armut nicht betroffen waren.

Die Armen: Wie viele sind es? Wie geht es ihnen? Wer ist eigentlich von Armut betroffen und warum? Was kann man gegen Armut tun? Aber da ist ja noch der Gegenpol, der Reichtum. Wie stellt sich dieser dar und wie kann man mit ihm umgehen?

„Als arm würde ich nicht eigentlich nicht bezeichnen.“ Elisabeth ist alleinerziehend. Sie lebt mit ihren beiden Kindern in einer kleinen Wohnung am Stadtrand von Frankfurt. Sie hat einen Teilzeitjob, den sie mit Hartz IV aufstockt. Sie hat etwas mehr als 900 Euro. Ist sie arm? Nein – sagt sie. „Es ist knapp, aber wir hungern nicht, und wenn die Kinder neue Sachen brauchen, bekomme ich etwas Geld von den Eltern. In der Schule soll ja nichts auffallen. Urlaub ist nicht drin, und meine Zähne kann ich auch nicht machen lassen.“ Aussicht einen Vollzeitjob zu bekommen hat sie nicht und dabei hat sie wie übrigens über Zweidrittel der Arbeitslosen auch eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Es gibt viele Elisabeths in Deutschland. Jeder Achte muss mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen. Die europäische Statistik setzt die Grenze bei jeweils 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes an. Wer weniger zum Leben hat, gilt als arm. Drei Gruppen sind besonders von Armut betroffen: Arbeitslose zu 54 Prozent, Alleinerziehende zu 40 Prozent, Migranten zu 27 Prozent. Das sind Bundeszahlen – die Berliner Zahlen liegen allemal höher. Armut ist aber etwas anderes als Einkommensarmut oder Mangel an Geld. Es gibt keinen wissenschaftlich-objektiven Begriff von Armut. Armut hat damit zu tun, dass Mitmenschen in schlechteren Wohnungen leben müssen, schlechter bezahlte Arbeit haben, sich schlechter ernähren können, einen schlechteren Zugang zu Bildung haben. Diese Unterversorgung ist zu einem Großteil Folge von Einkommensarmut. Je mehr oder je weniger eine reiche Gesellschaft bereit ist, von ihrem Reichtum zur Bekämpfung der Notlagen der Mitbürger abzugeben, desto mehr oder weniger Armut gibt es in einer Gesellschaft. Armut ist der Ausschluss von Menschen von den Möglichkeiten und den Ressourcen einer Gesellschaft. Warum aber sind sie ausgeschlossen? Wer schließt sie aus?

Wenn wir über Armut in Deutschland reden, dann muss die erste Aussage lauten: Armut kehrt zurück. Sie war einmal weithin bekämpft und zu einem marginalen Prob-

lem geworden. Warum kehrt sie wieder zurück? Lange gab es in unserer Gesellschaft die Überzeugung, dass es aufwärts geht, dass wir in einer Aufzugsgesellschaft leben. Unseren Kindern soll es einmal besser gehen – so das Motto, mit dem auch ich groß geworden bin. Dieses Bild der Aufzugsgesellschaft, in der es allen besser geht, die Reichen zwar reicher wurden, es den Ärmern aber auch besser geht, wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Es geht nicht mehr für alle aufwärts. Das Bild hat sich umgekehrt: Während es für die einen aufwärts geht, geht es für die anderen nach unten. Aus der Aufzugsgesellschaft ist eine Paternostergesellschaft geworden. Längst erodiert die ehemals sichere Mittelschicht an ihren Rändern aus. Kinder mit guter Ausbildung bekommen keine Jobs, hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem Zeitvertrag zum nächsten.

In den 80er Jahren war Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für Armut. In den 90-er Jahren rückte die Kinderarmut in den Mittelpunkt. Seit der Jahrtausendwende ist Arbeit der Hauptgrund für Armut. Jetzt nagt Armut schon an den Lebenslagen vieler Familien, die sich zur Mittelschicht zählen: Warum ist das so? Warum kehrt Armut zurück und warum nimmt die Anzahl der Armen zu – und die der Reichen auch? Warum schrumpft die Mittelschicht?

Die Armen sind die ersten Leidtragenden einer wirtschaftlichen und politisch falschen Politik. Wirtschafts- und Finanzkrise einerseits und die Krise des Sozialstaates sind zwei Seiten ein und derselben Medaille einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine Politik nach dem Motto „Weniger Staat und mehr Markt“ ist gescheitert. Genau dies meint die EKD in ihrem Wort zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vom Juni dieses Jahres. Im Vorwort zu diesem Wort sagt Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender des EKD: „Wieder hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Wir sprechen von der Zeit nach der Krise – wie vor zwanzig Jahren von Deutschland nach der Wende. ... Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören.“

Die Finanzmarktkrise ist keineswegs beendet – sie verlagert sich nur. Sie ist zu einer Krise der öffentlichen Haushalte geworden. Statt nun die Kosten der notwendigen und sinnvollen Rettungsmaßnahmen durch die Profiteure der Krise, den Banken, Spekulanten, Vermögenden, tragen zu lassen, sollen sie nun auf die Schwächeren und die Armen abgewälzt werden. Die Bundesregierung hat unmissverständlich deutlich gemacht, bei wem sie die Gelder holen will, die für die Finanzierung der Finanzkrise aufgewendet werden mussten. Das „Sparpaket“ mit einem Volumen von insgesamt über 80 Milliarden enthält Sparbeschlüsse, die zu mehr Armut führen. Solange Deutschland eine Steueroase für Erben, Vermögende und Spekulanten darstellt, kann von sozialer Gerechtigkeit keine Rede sein.

Die Steuereinnahmen steigen wieder. Die Frage aber ist: Wer zahlt für den Staat und seine Aufgaben? Es sind vor allem die Verbraucher und abhängig Beschäftigten, die den Staat finanzieren. Die Kapitalbesitzer hingegen werden geschont. Es ist schon erstaunlich in welchem Ausmaß: So sind die die Tabaksteuer fast genauso ertragreich wie die Körperschaftsteuer, die von den Aktiengesellschaften und GmbHs gezahlt wird. Dieses Missverhältnis hat System, denn die rot-grüne Koalition hat genauso wie die schwarz-rote Koalition dafür gesorgt, dass vor allem die Konsumenten für die Aufgaben des Staates aufkommen, indem sie unter anderem Mehrwertsteuer, Energiesteuer, Lottosteuer, Tabaksteuer oder Versicherungssteuer zahlen. Die Steuern auf Gewinne und Einkommen hingegen sinken beständig - und machten zuletzt nur noch 39,2 Prozent der Staats-

einnahmen aus. Diese Verschiebung ist dramatisch, denn die Verbrauchsteuern zahlen bekanntlich alle – ob arm oder reich. Offiziell gilt in Deutschland, dass nach Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Der technische Begriff heißt "Progression". Doch tatsächlich werden die progressiven Einkommensteuern immer unbedeutender. Die Steuerreformen von Rot-Grün und Schwarz-Rot waren eben nicht folgenlos. Wenn der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent sinkt und Kapitalbesitzer nur noch 25 Prozent Abgeltungsteuer auf ihre Zinsen und Dividenden zahlen müssen, dann entsteht Öffentliche Armut.

Die leeren öffentlichen Kassen sind kein Naturereignis, sondern politisch gewollt. Seit Jahren setzt die Finanz- und Haushaltspolitik auf Steuersenkung: Gegenüber dem Jahr 2000 hat der Staat durch Steuersenkungspolitik auf Einnahmen in Höhe von insgesamt 335 Mrd. Euro geführt – fast ein Bundeshaushalt, der 310 Mrd. Euro umfasst. Allein das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird zu Steuerausfällen von 2011 bis 2014 von knapp 40 Mrd. führen. Da es keinen Mindestlohn in Deutschland gibt, müssen mit Steuergeldern nach neuesten Berechnungen 11 Mrd. Euro für die sog. Aufstocker aufgewendet werden. Hätten wir nur Steuereinnahmen im EU-Durchschnitt, hätten wir 120 Milliarden Euro jährlich mehr. Gegenüber Frankreich haben die öffentlichen Hände ca. 131 Mrd. Euro Mindereinnahmen.

Die Konsolidierung des Haushalts angesichts massiver Staatsverschuldung wird strategisch für den Umbau des Sozialstaates „auf das unbedingt Notwendige“ instrumentalisiert. Die Einnahmeseite ist kein Thema, da die Haushaltssanierung zum vordringlichen Ziel erklärt wird. Mit dem Verweis auf leere Kassen lassen sich dann sozialpolitische Reformen gesamtgesellschaftlich plausibel machen. Am Ende herrscht der Sachzwang vor, man müsse schließlich doch sparen. So wird durch rigorose Einnahmekürzung eine Politik der leeren Kassen inszeniert, um anschließend mit dem Druck von leeren Kassen Politik machen zu können.

Die Existenz von Millionen von Menschen wurde bedroht, ihre Arbeitsplätze und ihre soziale Sicherheit vernichtet. Noch viele Generationen werden an den Kosten und der Zinslast zu tragen haben. Aber die Finanzkrise hat auch zu einer unglaublichen Bereicherung der Akteure des Finanzkapitalismus geführt: Der Hedgefonds-Manager John Paulson verdiente im letzten Jahr die stolze Summe von 5 Milliarden US-Dollar – das höchste jemals bekannt gewordene Einkommen der Welt. Fünf Milliarden in einem Jahr – diese Zahl ist so unglaublich, dass man sie mittels Vergleichen fassbar machen muss. Pro Stunde hat Paulson rund 2,4 Millionen Dollar verdient, so viel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt während seines gesamten Lebens. Um das schon unanständige Jahressalär des Deutsche-Bank-Chefs Ackermann zusammenzubekommen, musste Paulson gerade einmal sechs Stunden hinter seinem Schreibtisch sitzen. Eine Gesellschaft, in der es einen John Paulson geben kann, ist degeneriert und feudalistisch. Die Top 25 der Hedgefonds-Manager „verdienten“ im letzten Jahr zusammen mehr als 22 Milliarden Dollar. Insgesamt wurden dieses Jahr laut einer Studie deutlich mehr Dividenden ausgeschüttet als noch 2010. Fast alle DAX-Konzerne zahlten an ihre Anleger. Nur die Commerzbank fiel aus der Reihe. Aktionäre haben Grund zur Freude: Im Jahr 2011 geben die größten Unternehmen Deutschlands deutlich mehr von ihrem Gewinn an die Anleger ab als noch im Vorjahr. Die Summe aller Dividenden kletterte laut einer Studie auf 31,1 Milliarden Euro – 31,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die im Dax notierten Konzerne zahlen 26,4 Milliarden Euro an ihre Aktionäre, also mehr als 80 Prozent der Gesamt-Ausschüttungen. Sämtliche Ansätze, Hedgefonds an die Kandare zu nehmen, wurden von Lobbyisten

der Finanzindustrie wieder zunichte gemacht. Die Finanzmarkttransaktionssteuer ist immer noch Utopie – genauso wie eine schärfere Regulierung des Finanzsystems oder gar eine Beteiligung der Krisenverursacher an den Krisenkosten.

Was wir erleben ist nicht nur eine Wirtschaftskrise, die wie eine Störung sich wieder beseitigen lässt. Wir haben es mit einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen und ethischen Orientierungskrise zu tun. Erst wenn wir diese Krise und ihre Ursachen wahrnehmen, bekommen wir auch das Problem von Armut angemessen in den Blick.

Die bisherigen wirtschaftspolitischen Konzepte „Mehr Markt- weniger Staat“, also Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung sind gescheitert.

Der Chef der Deutschen Bank Ackermann bekennt, vom Saulus zum Paulus geworden zu sein: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes.“

Ackermann ist also vom Glauben abgefallen, den er jahrelang gepredigt hat – so als wäre der Papst vom katholischen Glauben abgefallen! Es reicht nicht aus nur die Fehler einzugestehen, sondern es gilt umzukehren. Soziale Ungleichheit galt lange als wirtschaftlich dynamisierend. Verteilungsgerechtigkeit war tabu. Und das Ergebnis? Seit 1998 hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre auf 800.000 verdoppelt und ist in der Zeit der Finanzkrise weiter angestiegen. Millionäre kennen keine Krise. Doch gleichzeitig gibt es immer mehr Arme mitten in einer reichen Gesellschaft.

Der Staat, der zuerst arm und schwach geredet und dann schwach gemacht wurde, soll jetzt einspringen. Die Schwächung des Sozialstaates, die soziale Entsicherung und die Verarmung der Menschen und die Finanzkrise sind Ergebnis einer falschen Politik, die gescheitert ist.

Armut ist kein Naturereignis, sondern politisch gewollt und ökonomisch gemacht

Armut in einer reichen Gesellschaft ist kein Naturereignis, sondern Ergebnis politischer und deshalb auch politisch zu verantworteten Entscheidungen. Armut ist gemacht, könnte man zugespitzt formulieren. Sie wird nicht von den Armen gemacht, auch wenn ihnen die Verantwortung dafür zugeschoben wird. Einkommensarmut ist das Ende auf einer Skala der Einkommensverhältnisse, dessen anderes Ende durch Reichtum gebildet wird. Deshalb kann man auch nicht über Armut reden und über Reichtum schweigen.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung. Reich wie nie zuvor wird dieser Reichtum immer ungerechter verteilt. Nach einer im Januar 2009 vom DIW veröffentlichten Studie mit neuesten Analysemethoden hat die Vermögensumverteilung von unten und von der Mitte nach oben in den letzten Jahren beschleunigt stattgefunden. Dieser Studie zufolge besaß das reichste Prozent der Bevölkerung 23 Prozent des Vermögens in Deutschland während die untere Hälfte der Bevölkerung keinerlei Vermögen und 10 Prozent ausschließlich Schulden besaßen.

Diese Schiefverteilung ist kein Naturereignis, sondern hat strukturelle und politische Ursachen. Welche Ursachen können benannt werden?

Die erste Ursache ist die *Deregulierungspolitik* der letzten drei Jahrzehnte, die von dem Versprechen begleitet wurde, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes das beste Steuerungsinstrument für die gesellschaftliche Entwicklung seien. Daraus wurde gefolgert, dass die „Leistungsträger“ mehr verdienen, die Löhne gesenkt und die

Sozialleistungen gekürzt werden müssten. Die Regierungen waren gar nicht mehr stark genug oder willens, sich diesem Druck der international operierenden Finanzmärkte zu widersetzen. Die Entregelung des Sozialstaates und die Entregelung der Finanzmärkte sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Politik hat die Reichen begünstigt:

- die Vermögenssteuer wurde gestrichen,
- die Gewinne der „Heuschrecken“ sind steuerfrei gestellt worden,
- die Spitzensteuersätze und die Unternehmenssteuern wurden gesenkt.

Die zweite Ursache sind die *Sozialreformen*. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze haben die Ungleichheit in der unteren Einkommensschicht verschärft. Denn das Arbeitslosengeld II drückt die Mehrheit der früheren Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosenhilfe an bzw. unter die Armutsschwelle. Die Reformen haben die gesellschaftliche Solidarität deformiert und tendenziell die gesellschaftlichen Risiken individualisiert. Der Sozialstaat wurde systemsprengend demontiert. In der Wirtschaftskrise trifft der abgebaute Sozialstaat die Menschen um so härter. Der beschädigte Sozialstaat erfüllt jetzt nicht mehr seine Funktion die Bürgerinnen und Bürger vor der Unsicherheit des Marktes zu schützen. Der Sozialstaat, der in den letzten Jahren so leichtfertig schlecht geredet und nachhaltig demontiert wurde, wird dringender denn je gebraucht. Die Kürzung oder Streichung sozialstaatlicher Leistungen und die Entregelung der Wirtschaft sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die dritte Ursache ist die *Schwächung der Gewerkschaften und der Tarifverträge*. Erst wenn die Gewerkschaften wieder über Tarifverträge eine faire Verteilung des Sozialproduktes erreichen können, wird es eine faire Verteilung geben. Kapitaleinkommen am gesamten Volkeinkommen und dem der Arbeitseinkommen.

In diesen drei Hauptursachen sind durch einen Finanzmarktkapitalismus hervorgerufen worden. Darunter wird eine besondere Entwicklungsform des Kapitalismus verstanden, die darin besteht, dass marktbegrenzende Institutionen geschwächt und abgebaut wurden. Eigentliches Steuerungszentrum des Finanzmarktkapitalismus sind (Aktien-)Märkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Folglich bedienen die Manager ausschließlich die Interessen der Aktionäre. Die Interessen der Belegschaft, der abhängig Beschäftigten, der Kunden, der öffentlichen Hand und das Interesse an der Erhaltung der natürlichen Umwelt spielen keine oder nur eine nachrangige Rolle. Die Finanzmärkte üben Druck auf die Unternehmen aus, damit möglichst wenig Steuern, möglichst niedrige Löhne gezahlt und möglichst geringe Sozial- und Umweltabgaben entrichtet werden. Während die Eigenkapitalrendite trotz Krise bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die flexibel Beschäftigten zu einer Manövriermasse, die zur Absicherung des Gewinnziels dienen soll. Das hohe Geldvermögen wirkte wie ein Treibstoff für die Finanzmärkte. Das Geld hat immer neue Anlagemöglichkeiten im Kasino gesucht und dadurch den Sozialstaat unter Druck gesetzt.

Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Hohe Einkommen und Vermögen wurden steuerlich gepflegt. Deutsche Bank und Goldman Sachs können in der Krise wieder wie 2009 13,5 Mrd. Gewinn verbuchen. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungs-

systeme und der Daseinsvorsorge, des Gesundheitswesens bis zur Pflege erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Alles wird zu einem Mittel, Geld rentierlich anzulegen und zu erwirtschaften.

Das Geld ist zur Religion geworden, dem wir alles opfern.

Bischof Wolfgang Huber hatte Recht, als er das Renditeziele von 25 Prozent kritisiert und Herrn Ackermann, einen Vorbeter beim großen Tanz ums goldene Kalb, anprangert. Es geht aber nicht um Ackermann allein. Es geht nicht ums Einzelne, sondern um ein ganzes System, das um das Goldene Kalb tanzt. Der Novartis Chef Daniel Vasella hat seit Jahren eine Rendite von 25 Prozent als Minimum bezeichnet. Der Bayer-Chef Werner Wenning hat für 2007 als operatives Renditeziel 24 Prozent genannt und erklärt für den Gesundheitssektor die Marge auf 28 Prozent zu steigern. Porsche hat 2008 einen Gewinn, der den Umsatz übersteigt. Wenn diese Renditeziele erreicht werden sollen, dann geht das nur, wenn Druck auf Arbeitnehmer und den Sozialstaat ausgeübt wird.

Bischof Wolfgang Huber kritisierte zu Recht die hohen Renditeziele als Tanz um das Goldene Kalb. Das Geld ist zum Gott geworden, dem ein Opfer dargebracht wird: Der Sozialstaat, von dem es heißt, dass wir ihn uns nicht mehr leisten können; Regelsätze nach Hartz IV, die so niedrig sind, dass sie dem Menschenwürdegebot des Grundgesetzes widersprechen – so ein Urteil des Landesarbeitsgerichts in Darmstadt; prekäre Arbeitsplätze, Niedriglohnbereiche. Die Verheißung grenzenloser Reichtumsvermehrung, die hinter der Gier steckt, ist nicht nur ein moralisches Problem, sondern ein religiöses Thema. Jesus verurteilt nicht den Reichtum, sondern er spricht von einem Gegensatz zwischen zwei Mächten: Gott oder Mammon (Mt 6,24 / Lk 16,13).

Mammon meint „das, worauf man traut“. Wann immer Geld eine Bedeutung einnimmt, die über Tausch hinausgeht, wird Geld zu einer Macht, die die Bibel Mammon nennt. Luther rückt in seiner Auslegung des ersten Gebotes von einer Antithese - Gott oder Mammon Geld - in das Zentrum der Rede von Gott. „Woran Du nun (sage ich) Dein Herz hängst und Dich darauf verlässt, das ist eigentlich dein Gott. (...) Es ist mancher, der meint, er habe Gott und alles genug, wenn er Geld und Gut hat; er verlässt und brüstet sich darauf so steif und sicher, dass er niemand etwas gibt. Siehe: dieser hat auch einen Gott, der heißt Mammon, das ist Geld und Gut, darauf er all sein Herz setzt, was auch der allergewöhnlichste Abgott auf Erden ist.“ Geld ist zum Gott geworden, dem wir alles opfern. Deshalb geht es hier nicht um moralische Fragen, sondern um ein religiöses Thema.

Die Bereicherung der einen hatte die Verarmung der anderen zu Folge. Die überhohen Renditen und der Abbau des Sozialstaates gingen auf Kosten des Sozialstaates und fairer Löhne. In Lateinamerika sprechen die Theologen der Befreiung von einem „Opferkapitalismus“. Armut ist kein sozialer Kollateralschaden, sondern politisch gewollt und ökonomisch gemacht. Armut gehört zum deregulierten ungezügelt Kapitalismus wie das Wasser zum Duschen. Deshalb ist es nötig, Armut und Ausgrenzung als Folge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu erfassen und die Kosten genauso zu berechnen, wie der CO₂-Ausstoß als umweltpolitische Folge fehlerhafter Umweltpolitik berechnet wird.

Wie können wir in der Krise eine diakonische Kirche sein

Fragen wir einmal direkt: Welche Kirche braucht Gott für unser Land? Dient sie der Heilung und dem Heil dieser Gesellschaft, die durch soziale Entsicherung und Fi-

nanzkrise doppelt verwundet wurde? Reicht es eine samaritische Kirche zu sein, die den Opfern, die unter die Räuber gefallen sind, die Wunden verbindet und Tafeln organisiert? Barmherzigkeit ist für Christen eine zentrale Sache. Das können wir am Beispiel des barmherzigen Samariters lernen. Aber es ist nicht damit getan, dass der unter die Räuber Gefallene wieder auf die Beine kommt. Was ist, wenn er den Weg von Jericho nach Jerusalem wieder zurückgeht und abermals unter die Räuber fällt. Es kommt darauf an, die Strukturen der Räuberei auszuhebeln. Das ist eine politische Aufgabe. Das Engagement einer samaritischen Kirche, die sozialstaatlichen Defizite durch Werke der Barmherzigkeit nur auffüllen würde, wird zwar als innovatives Element einer aktiven Bürgergesellschaft gefeiert, ermöglicht aber erst den Abbau von Sozialstaat und sozialen Rechten. Sie will in der Not helfen, gerät aber dabei in eine Barmherzigkeitsfalle und begleitet den sozialpolitischen Rückschritt von der Armutsbekämpfung zur Armenfürsorge.

Eine Kirche, die sich allein auf das Hilfeethos der Barmherzigkeit beschränkte und Tafeln oder Sozialkaufhäuser als Hilfe gegen die Not organisieren würde, verkürzt die biblische Botschaft. Und sie steht in der Gefahr, in eine Falle der Barmherzigkeit zu geraten. Barmherzigkeit ist eine Lehnübersetzung der frühen Germanenmissionare aus dem lateinischen *misericordia*, „ein Herz für die Armen haben“. Biblische Spiritualität ist eine Spiritualität des Erbarmens, die auf Gerechtigkeit drängt. Biblisch ist Erbarmen keineswegs ein bloßes Gefühl. Sie äußert sich in einer konkreten Tat der Gerechtigkeit und drängt auf gerechte Strukturen – also auf eine gerechte Politik.

Die konkrete Wirklichkeit von Armut mitten in einem reichen Land ist die große Frage an uns. Dass wir diese Frage überhaupt stellen und sie aus der Perspektive der Armen wahrnehmen, ist eine Frucht der Barmherzigkeit. Biblisch begründete Spiritualität ist die Einübung in die rechte Weise zu sehen. Der katholische Theologe Johann Baptist Metz spricht davon, dass Jesu erster Blick nicht der Sünde der Menschen und auch nicht den theologischen Fragen galt, sondern dem Leid der anderen. Er nennt die biblische Mitgift jene „*Compassio*“ einer elementaren Leidempfindlichkeit, die die Augen öffnet, mitleidet und mit aller Kraft und Passion sich an die Seite derer stellt, die schwer zu tragen haben und in Not sind. Diese Passion wird zu einer *Compassio*, einer „leidempfindlichen Weltverantwortung“. Sie ist nicht Mitleid, auch keine unpolitische Empathie. Die *Compassio* sieht das Leid und sucht deshalb nach der Gerechtigkeit. Die *Compassio* hat einen kategorischen Imperativ. Er lautet: Augen öffnen. „Sie hin und du weißt!“ (Hans Jonas) Die Erfahrung jenes Gottes, von dem die Bibel spricht, gibt es nicht ohne das Hinschauen.

Dietrich Bonhoeffers Vision einer „Kirche für andere“ wurde zum Motto für eine Kirche, die der Stadt Bestes suchen will. „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen,“ hielt er den vermeintlich unpolitisch Frommen seiner Tage entgegen. Das Singen des Chorals wollte er verbunden wissen mit dem Tun des Gerechten – und umgekehrt. Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen. Diese Satz Bonhoeffers für unsere Zeit übersetzt lautet: Nur wer für die Rechte der arm gemachten Hartz IV Empfänger offen eintritt, der darf gregorianisch singen.

Mit dem Gleichnis vom Barmherzigen Samariter hat sich die Christenheit in das Gedächtnis der Menschen hinein erzählt. Der Barmherzige Samariter ist zum Urbild der helfenden und absichtslosen Zuwendung zu den Menschen geworden, „die unter die Räuber gefallen“ sind. Doch – was es mit Reichtum und Armut auf sich hat und wer den unter die Räuber gefallen Armen helfend zur Seite stehen will, der kann sich nicht allein am Barmherzigen Samariter ein Vorbild nehmen. Was zu tun ist, wenn

den Armen aufgeholfen werden soll, steht nach Lukas 16 im Gleichnis vom armen Lazarus bei „Mose und den Propheten“. Das sagt Jesus in dem Gleichnis und er legt Abraham als höchste Autorität diesen Hinweis in den Mund. Was bekommen wir zu hören, wenn wir auf Mose und die Propheten hören?

Der Schlüssel zum Verständnis des biblischen Gesamtbildes in der Bewertung von Armut und Reichtum ist bei Mose und den Propheten zu lesen. Mose: Das sind die Sozialgesetze, Propheten sind die Männer und Frauen, die diese Sozialgesetze für ihre Zeit so ausgelegt haben, dass sie ein Wort Gottes für die Zeit sind. Bei den Sozialgesetzen geht es darum, den Willen Gottes in verbindliche Regeln der Gerechtigkeit umzusetzen. Der Arme soll nicht um Barmherzigkeit betteln und für die Barmherzigkeit dankbar sein, sondern er hat ein Recht darauf, dass er zu seinem Recht kommt. Wer arm ist, der ist nach der Bibel jemand, der um sein Recht auf Teilhabe gebracht worden ist. Dieser Rechtsanspruch ist es, der den biblischen Umgang mit Armut kennzeichnet. „Doch Arme wird es bei dir nicht geben“ (Dtn 15,4). Dies ist die Überschrift über der Sozialordnung Israels in der Bibel.

Doch die sozialen Verhältnisse waren nicht so. Zwischen dem Anspruch der Tora und der sozialen Wirklichkeit gab es eine tiefe Kluft. Im scheinbaren Widerspruch zum Leitbild einer Gesellschaft ohne Arme findet sich einige Verse weiter jener Satz, den auch Jesus zitiert: „Arme allezeit bei euch im Land“ (Mt 26, 11 sowie Dtn 5,19). Im „Land“ mag es zwar Armut geben, doch Armut soll nicht sein. Das Land ist nämlich reich gesegnet und für alle ist genug da. Niemand bräuchte in Armut und Not leben. Die Bibel durchbricht die scheinbare unverrückbare Realität und stellt ihr die programmatische Verpflichtung entgegen: „Doch eigentlich sollte es dir keine Armen geben; denn der Herr wird dich segnen“ (Dtn 5,4). Immer haben Menschen von einer Gesellschaft und einer Welt ohne Armut geträumt. Sie haben diesen Traum in Utopien verlegt oder auch ins Jenseits. Der biblische Entwurf einer gerechten Welt teilt diese Hoffnung, aber er unterscheidet sich darin, dass dieses Leitbild einer gerechten Welt ohne Armut Wirklichkeit werden kann, wenn die Menschen beginnen, den Reichtum, mit dem das Land gesegnet ist, zum Segen aller werden zu lassen. Deshalb werden die Reichen in Pflicht genommen, den Reichtum des Landes zu teilen, damit er zum Segen aller werden kann. Auf Reichtum liegt Segen, wenn er geteilt, aber Unheil, wenn Reichtum nicht geteilt wird.

Grundüberzeugung der Bibel ist, nicht die Reichen und Mächtigen um offene Hände der Barmherzigkeit zu bitten, sondern die Armen mit Rechten auszustatten. Armut zu bekämpfen bedeutet für die Bibel immer auch, die Macht der Mächtigen zu beschneiden und die Armen mit Hilfe des Rechts aufzurichten. Denn gegen die Macht der Stärkeren hilft nur die Stärke des Rechts, das für den Segenskreislauf des Reichtums von den Reichen zu den Armen sorgt. Wer Armut als Defizit an materiellen Gütern deutet, der wird an Barmherzigkeit appellieren, damit geteilt wird. Wer aber in der Armut ein Defizit an Rechten sieht, der wird nach der Gerechtigkeit fragen. Die Bibel antwortet auf Armut, indem sie Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit zusammenhält. Die Armen sollen nicht angewiesen sein auf die offenen Hände der Reichen, nicht auf deren Barmherzigkeit. Auf Barmherzigkeit muss man hoffen und dankbar sein, auf Recht hat man einen Anspruch.

Was aber unterscheidet eine samaritanische Gemeinde von einer diakonischen? Auch wir leben wieder in einer Lazarusgesellschaft. Was aber bekommen wir zu hören, wenn wir heute auf Mose und die Propheten hören wollen? Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt Unrecht beim Namen nennen, sich anwaltschaftlich für die

Interessen der Armen einmischen und für Recht und Gerechtigkeit sorgen. Da die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen politisch gemacht und nicht durch das Fehlen von Barmherzigkeit entstanden ist, kann diese Ungleichheit auch nicht durch Werke der Barmherzigkeit bekämpft werden. Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt barmherzig die Armen in den Blick nehmen und für deren Recht und Gerechtigkeit einzutreten.

Eine samaritanische Kirche, hilft in der Not, nicht aber aus ihr heraus. Eine diakonische Kirche aber wird beides zusammenhalten: in der Not helfen und dafür sorgen, dass Menschen zu ihrem Recht kommen. Der Schlüssel für Recht und Gerechtigkeit ist heute die Stärkung und der Ausbau des Sozialstaates. Was fordert eine solche diakonische Kirche, die Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit zusammen hält?

- 1. Spiritualität der geöffneten Augen:** In der Diakonienedenschrift der EKD heißt es: „Es geht um eine `neue Bekehrung zur Diakonie´, in der die Freude und Hoffnung, die Trauer und Angst und die Not der Menschen, die Hilfe nötig haben, zur Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Christen werden.“ (Ziff. 1) Hier geht es vor allem eine Kultur der Solidarität und der Wertschätzung der solidarischen Grundlagen des Sozialstaates. Wenn diese Kultur der Solidarität schwindet, dann schwinden auch die Fundamente, auf denen der Sozialstaat beruht. Christen finden sich nicht damit ab, in einer Lazarusgesellschaft zu leben, wo die Armen unbeachtet vor der Tür liegen. Sie fragen nach den Gründen und den Verantwortlichen. Diese Spiritualität der geöffneten Augen sieht nicht nur die Not der Menschen, sondern lehrt auch zu fragen. Wer macht sie notleidend? Warum gibt es Armut mitten im Reichtum? Wenn wir die Nöte der Menschen uns zu eigen machen wollen, dann müssen wir sie zunächst mit barmherzigen Augen ansehen und wahrnehmen.
- 2. Praxis der Hände:** Von alters her gehört der Samariterdienst unstreitbar zu den Grundaufgaben. Mit den Augen der Barmherzigkeit sehen wir auch die Aufgaben.
- 3. Soziale Politik gestalten:** Für die Bibel gehören Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Recht immer zusammen. Unbestreitbar ist, dass sich christliches Engagement nicht auf den unmittelbaren Dienst beschränken darf. Wir können gar nicht so viele Tafeln errichten, wie eine verfehlte und defizitäre Sozialpolitik erfordern würde. Barmherzigkeit muss deshalb auf Recht und Gerechtigkeit drängen. Die Straße zwischen Jerusalem und Jericho muss sicherer werden, damit niemand mehr unter die Räuber fällt.
Armutsbekämpfung ist deshalb zunächst und vor allem eine Forderung an die Politik durch eine gerechte Politik Armut zu bekämpfen. Wir brauchen eine Politik, die dazu beiträgt, dass der Reichtum einer Gesellschaft wieder zum Segen aller wird. Dazu gehört etwa Ansätze wie ein Lohn, von dem man in Würde leben kann; eine bedarfsorientierte Mindestsicherung; die Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Um aus der Krise sozial gerecht und ökonomisch effizient heraus zu kommen, wäre es notwendig, eine Armutspolitik mit folgenden Inhalten zu organisieren:

- 1. Der Sozialstaat muss vor Armut schützen und Mindestsicherungselemente enthalten:** bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze für Erwach-

- sene, Kinder und Jugendliche sind seit Einführung der Hartz IV-Gesetze überfällig, Kindergrundsicherung, Mindestrente;
2. Das Bildungssystem muss den sozialen Aufstieg unabhängig von sozialer Herkunft gewährleisten;
 3. Ein progressiver Steuersatz mit hoher Steuerquote;
 4. Existenzsichernde Jobs und Verringerung des Niedriglohnssektors: Mindestlohn, der vor Armut schützt. Da es keinen Mindestlohn in Deutschland gibt, müssen mit Steuergeldern 11 Mrd. Euro für die sog. Aufstocker aufgewendet werden;
 5. Erhöhung der Frauenerwerbsquote und Vereinbarkeit für Eltern von Arbeit und Familie;
 6. Weiterqualifizierung der Personengruppen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind;
 7. Bezahlbar Wohnungen.

Genau jene Länder, die in den sieben Punkten die besten Ergebnisse erzielen, haben auch die geringsten Armutsraten in Europa: Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande. Wer also Armut bekämpfen will, der muss sein Sozialsystem auf den Prüfstand dieser acht Indikatoren stellen.

Investition in den Sozialstaat bedeutet zusätzliche Beschäftigungsfelder im Bereich der Gesundheit, Pflege, Therapie, Bildung zu schaffen und umweltverträgliche Verkehrssysteme auszubauen. Beides würde die Lebensqualität der Menschen und das Gemeinwohl stärken, aber auch dem Kasinokapitalismus Spielgeld entziehen. Ein garantiertes Grundeinkommen z.B. wäre darüber hinaus ein innovativer Ausbau des Sozialstaates, der ökonomisch sinnvoll und sozialpolitisch notwendig wäre, denn die Existenz besonders der armen Menschen wäre gesichert. Ein Grundeinkommen würde mehr Tafeln erübrigen, als eine barmherzige Kirche überhaupt organisieren könnte!

Deshalb ist die Kirche gefordert, für die arm und arbeitslos Gemachten ihre Stimme zu erheben und für sie und mit ihnen eine Politik einzufordern, die sich an der ethischen Leitlinie ausrichtet, die bereits die Bibel ausdrückte: „Unter euch sollte es keine Armen geben.“ Die Krise ist erst überwunden, wenn die Armut in unserem Land überwunden ist.

Die Armen brauchen Recht und Gerechtigkeit, keine Almosen. Solange aber die Politik in ihrer Aufgabe versagt, Armut und sozialstaatliche Unterversorgung in einem reichen Land zu vermeiden, braucht eine diakonische Kirche eine Doppelstrategie: in der Not helfen und politisch alles tun, aus der Not heraus zu helfen. Das aber kann sie nur, wenn sie zu einer Gerechtigkeitsbewegung wird.